



Antrag

der Abgeordneten des SSW

Humanität hat Vorrang vor Rückführung

Der Landtag wolle beschließen:

Bei Rückführungen in Staaten mit besonders unübersichtlicher Sicherheitslage, wie derzeit Afghanistan, wird in jedem einzelnen Fall das zuständige Ministerium prüfen, ob eine Rückkehr nach humanitären Gesichtspunkten zu verantworten ist. Bei dieser Einschätzung hat es die Lagebewertungen der Bundesregierung sowie gegebenenfalls anderer relevanter Akteurinnen und Akteure zu berücksichtigen. In Zweifelsfällen werden wir der Humanität Vorrang vor der Rückführung einräumen. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in der nächsten Innenministerkonferenz im Juni 2019 entsprechend zu positionieren.

Begründung:

Neben den Erkenntnissen des Auswärtigen Amtes zur Sicherheitslage in einzelnen Staaten gibt es eine Vielzahl von Nichtregierungsorganisationen, die über weitere Erkenntnisse verfügen, die durchaus den Feststellungen des Auswärtigen Amtes entgegenstehen können.

So ist zum Beispiel die Lage in Afghanistan sehr unübersichtlich. Das Auswärtige Amt sieht in seinem aktuellsten Lagebericht aus 2018 nur noch bestimmte Regionen in Afghanistan als unsicher an. Andererseits sagt das Auswärtige Amt in seinen Reisewarnungen aber auch, dass wegen immer wieder und in vielen Landesteilen aufflammender Kämpfe zwischen afghanischen Sicherheitskräften und vor allem den Taliban, aber auch dem regionalen Ableger des sogenannten Islamischen Staats, die Sicherheitslage in großen Teilen des Landes unübersichtlich und nicht vorhersehbar sei. Reisende können daher jederzeit und ohne selbst beteiligt zu sein in lebensbedrohende Situationen geraten. Außerdem kann es landesweit zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und anderen Gewaltverbrechen kommen.

Dies deckt sich auch mit Erkenntnissen von anderen internationalen Organisationen und Nicht-Regierungs-Organisationen. Deshalb räumt der Koalitionsvertrag von

CDU, FDP und Grünen in Schleswig-Holstein humanitären Lösungen Vorrang gegenüber Rückführungen ein. Bundespolitisch ist es aber auch notwendig, dass sich die Landesregierung auf der Innenministerkonferenz von 12.-14. Juni 2019 in Kiel entsprechend positioniert.

Lars Harms

und die Abgeordneten des SSW